

Kompromiss zur Fahrradstraße: Gmünd steht vor entscheidender Wahl!

Schwäbisch Gmünd diskutiert Kompromisse zur Fahrradstraße am Klarenberg. Bürgerentscheid am 19. Oktober soll Klarheit bringen.



Schwäbisch Gmünd, Deutschland - In Schwäbisch Gmünd brodelt es zurzeit: Eine kontroverse Diskussion um die Fahrradstraße am Klarenberg könnte die erste Bürgerabstimmung im 21. Jahrhundert auslösen. Am Donnerstagabend traf sich eine Arbeitsgruppe, um einen Kompromiss zu finden und die strittigen Punkte zu besprechen. Der Austausch dauerte stolze drei Stunden und brachte einen neuen Vorschlag der Stadtverwaltung hervor, doch das endgültige Wort ist noch nicht gesprochen, wie die **Gmünder Tagespost** berichtet.

In diesem Vorschlag spielen drei zentrale Punkte eine Rolle: Zunächst sollen Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer

an der Unteren Zeiselbergstraße erfolgen, wobei die Vorfahrtsregelung für die Gutenbergstraße bestehen bleibt. Außerdem ist das Ziel klar: Nahezu alle Parkplätze in der Klarenbergstraße sollen erhalten bleiben, und das Parken auf Gehwegen soll erlaubt werden. Allerdings steht die Umsetzung unter dem Vorbehalt der Finanzierung, die von Förderzusagen durch das Land und den Bund abhängt.

Kompromiss oder Bürgerentscheid?

Die verantwortlichen Vertrauensleute des Bürgerbegehrens, darunter Elke Hampp, Nicole Will und Kevin Kärcher, stehen vor einer schwierigen Entscheidung. Sie müssen prüfen, ob ein tragbarer Kompromiss möglich ist, oder ob der Bürgerentscheid, der für den 19. Oktober angesetzt ist, tatsächlich zur Abstimmung kommt. Die Rückmeldung der Vertrauensleute und der Gemeinderatsvertreter an Oberbürgermeister Richard Arnold ist bis Dienstag, 15. Juli, fällig. So berichtet es die **Sozial-Ökologisch Links**.

Falls ein Einvernehmen erzielt wird, könnte der Vorschlag bereits am Mittwoch zur Vorentwurfsplanung präsentiert werden. Der Gemeinderat hat am 23. Juli die Möglichkeit, abschließend über das Thema zu beraten. Bei negativer Rückmeldung allerdings, wird der Bürgerentscheid vorbereitet, der rund 130.000 Euro kosten dürfte – ein Betrag, der im städtischen Haushalt nicht allzu leicht zu finden ist.

Politische Marginalien

Die Diskussion ist durch die Position der CDU geprägt, die als größte Fraktion im Gemeinderat mit 16 Sitzen der Fahrradstraße kritisch gegenübersteht und deren Sinnhaftigkeit infrage stellt. SPD-Stadträtin Maren Zengerle plädiert hingegen eindringlich für eine einvernehmliche Lösung, um den Bürgerentscheid zu vermeiden. Sollte dies nicht gelingen, bleibt den Initiatoren des Bürgerbegehrens die Möglichkeit, den Antrag auf Rücknahme schriftlich festzuhalten, wenn ein Kompromiss erreicht wird.

Die Situation in Schwäbisch Gmünd ist Teil eines größeren Trends, der sich in vielen deutschen Städten zeigt: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger setzen sich aktiv für bessere Radinfrastruktur ein. Über 50 „Radentscheide“ wurden in Deutschland bereits organisiert, mit über einer Million gesammelter Unterschriften. Initiativen wie die in Schwäbisch Gmünd könnten echte Veränderungen in der Mobilitätspolitik nach sich ziehen, wie auch die **ADFC** hervorhebt.

Wie sich die Situation in den kommenden Tagen entwickeln wird, bleibt spannend zu beobachten. Die Frist für die Rückmeldung der Vertrauensleute rückt näher, und die Hoffnung auf ein einvernehmliches Ergebnis steht auf der Kippe.

Details	
Ort	Schwäbisch Gmünd, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.gmuender-tagespost.de• www.sozial-oekologisch-links-gd.de• www.adfc.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at